

**„Nichtamtliche Lesefassung der
Satzung des Unstrut-Hainich-Kreises
über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung
der kommunalen Abfallentsorgungseinrichtung
des Kreises vom 13.12.2010
(Amtsblatt des Unstrut-Hainich-Kreises vom 29.12.2010)
in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 17.01.2017
(Amtsblatt des Unstrut-Hainich-Kreises vom 23.01.2017)
in der Fassung der 2. Änderungssatzung vom 29.11.2022
(Amtsblatt des Unstrut-Hainich-Kreises vom 19.12.2022)
in der Fassung der 3. Änderungssatzung vom 08.01.2024
(Amtsblatt des Unstrut-Hainich-Kreises vom 21.01.2024)¹“**

ABFALLGEBÜHRENSATZUNG

Gemäß der §§ 98 und 99 Thüringer Kommunalordnung (-ThürKO-) in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28.01.2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch 7. Änderungsgesetz vom 24.03.2023 (GVBl. S. 127), gemäß § 6 des Thüringer Gesetz zur Anpassung abfallrechtlicher Regelungen an das Kreislaufwirtschaftsgesetz (Thüringer Ausführungsgesetz zum Kreislaufwirtschaftsgesetz -ThürAGKrWG-) vom 23.11.2017 (GVBl. 246), zuletzt geändert durch Art. 9 Thüringer Verwaltungsreformgesetz vom 18.12.2018 (GVBl. S. 731), gemäß §§ 2 und 12 Thüringer Kommunalabgabengesetz (-ThürKAG-) in der Fassung der Neubekanntmachung vom 19.09.2000 (GVBl. S. 301), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10.10.2019 (GVBl. S. 396), gemäß Thüringer Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetz (-ThVwZVG-) in der Fassung der Neubekanntmachung vom 05.02.2009 (GVBl. S. 24), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 23.09.2015 (GVBl. S. 131, 133) und des § 22 der Kreislaufwirtschafts- und Abfallsatzung des Unstrut-Hainich-Kreises, zuletzt geändert durch die 7. Änderungssatzung vom 08.01.2024, hat der Kreistag des Unstrut-Hainich-Kreises in seiner Sitzung am 18.12.2023 die folgende 3. Änderungssatzung der Satzung des Unstrut-Hainich-Kreises über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der kommunalen Abfallentsorgungseinrichtung beschlossen.

Inhaltsübersicht

- § 1 Gebührenerhebung
- § 2 Gebührenschuldner
- § 3 Gebührentatbestand
- § 4 Gebührenmaßstab
- § 5 Gebührensatz
- § 6 Entstehen der Gebührenschuld
- § 7 Vorauszahlungen
- § 8 Fälligkeit
- § 9 Gebührenermäßigung bei Betriebsstörungen
- § 10 Gebührenbefreiung
- § 11 Inkrafttreten

¹ Haftungsausschluss: Der vorliegende Text dient lediglich der Information. Rechtsverbindlichkeit haben ausschließlich die unterzeichneten und bekanntgemachten Ausfertigungen der Satzung.“

§ 1 Gebührenerhebung

1. Der Kreis erhebt als öffentlich - rechtlicher Entsorgungsträger für die Benutzung der kommunalen Abfallentsorgungseinrichtung Gebühren.
2. Die Gebühren werden für die Deckung folgender Kosten erhoben:
 - a) Einsammeln, Befördern und Verwerten oder Beseitigen von Restabfall,
 - b) Einsammeln, Befördern und Verwerten von Bioabfällen,
 - c) Einsammeln, Befördern und Verwerten von Druckerzeugnissen, Papier, Pappe und Karton,
 - d) Einsammeln, Befördern und Verwerten oder Beseitigen von Sperrmüll,
 - e) Einsammeln, Befördern und Verwerten von Elektro- und Elektronikaltgeräten,
 - f) Einsammeln, Befördern und Verwerten von Altmetallen,
 - g) Einsammeln, Befördern und Verwerten von Alttextilien und Schuhen,
 - h) Einsammeln, Befördern und Beseitigen von Kleinmengen gefährlicher Abfälle,
 - i) Einsammeln, Befördern und Verwerten oder Beseitigen von illegalen Abfällen
 - j) Information und Beratung von Personen aus privaten Haushaltungen und anderen Herkunftsbereichen über die Möglichkeiten zur Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen,
 - k) Anlieferung, Rückholung und Tausch von Abfallbehältern,
 - l) Sonderleistung des gebührenpflichtigen Transportes von 1100 l Müllgroßbehältern (MGB) vom regulären Standplatz zum Sammelfahrzeug und zurück,
 - m) Kosten der Schließsysteme für Abfallbehälter,
 - n) Kosten für die Beschaffung und Unterhaltung der nach dieser Satzung zugelassenen Abfallbehälter,
 - o) Kosten für die Verwaltung der kommunalen Abfallentsorgungseinrichtung.

§ 2 Gebührensschuldner

1. Gebührensschuldner ist, wer die kommunale Abfallentsorgungseinrichtung des Kreises benutzt.
2. Bei der Abfallentsorgung im Bring- und im Holsystem aus privaten Haushaltungen gilt der Grundstückseigentümer, der Erbbauberechtigte und sonstige dingliche Nutzungsberechtigte des an die kommunale Abfallentsorgung des Kreises angeschlossenen Grundstückes als Benutzer. Wenn dieser nicht im Grundbuch eingetragen ist oder wenn die Eigentums- oder Berechtigungslage ungeklärt ist, so gilt der Mieter, Pächter oder tatsächliche Nutzer als Benutzer.
3. Bei der Abfallentsorgung im Bring- und Holsystem aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen gilt der Inhaber oder der Betreiber des auf dem Grundstück befindlichen Betriebes, Gewerbes oder der Einrichtung neben dem Grundstückseigentümer als Benutzer.
4. Beim Erwerb von amtlich bedruckten Restabfallsäcken, Schließsystemen für Abfallsammelbehälter, Biofilterdeckeln und Ersatzfiltermaterial ist der Erwerber Gebührensschuldner.

5. Mehrere Benutzer sind Gesamtschuldner. Bei Wohnungs- oder Teileigentum im Sinne des Wohnungseigentumsgesetzes sind mehrere Gebührensschuldner Gesamtschuldner. Der Gebührenbescheid über die gesamte Gebührenforderung kann an den Wohnungseigentumsverwalter gerichtet werden.

§ 3 Gebührentatbestand

Die Gebühr wird für die Benutzung der kommunalen Abfallentsorgungseinrichtung des Kreises erhoben.

§ 4 Gebührenmaßstab

1. Die Gebühr für die Benutzung der kommunalen Abfallentsorgungseinrichtung im Bring- und Holsystem für private Haushaltungen setzt sich zusammen aus einer Festgebühr je Einwohner, der Leerungsgebühr für den Restabfallbehälter sowie der Nutzungsgebühr für den Bioabfallbehälter je Nutzer.

- a) Die Festgebühr richtet sich nach der Zahl der auf einem Grundstück mit Hauptwohnsitz melderechtlich erfassten Personen und nach der Zahl der Personen, die nicht melderechtlich erfasst sind aber sich mindestens 1/4 Jahr auf einem Grundstück im Kreis aufhalten.
- b) Bei der Restabfallentsorgung richtet sich die Leerungsgebühr nach dem Volumen des Abfallbehälters sowie nach der Anzahl der Leerungen.
- c) Je Einwohner wird auf Grundlage eines Mindestvorhaltevolumens von jährlich 400 l Restabfall, eine Mindestleerungszahl des Restabfallbehälters festgesetzt. Die Mindestleerungszahl ist die Anzahl der Leerungen des jeweils genutzten Restabfallbehälters, die zur Erreichung des Mindestvorhaltevolumens von 400 l/Einwohner/Jahr erforderlich ist (Mindestvorhaltvolumen des/r Einwohner/s dividiert durch Volumen des/der genutzten Behälter/s). Die Anzahl der auf diese Weise berechneten Mindestleerungen ist auf volle Zahlen aufzurunden. Eine rechnerische Überschreitung des Mindestvorhaltevolumens aufgrund des gewählten Abfallbehältervolumens ist hinzunehmen. Übersteigt die Anzahl der Mindestleerungen die jährlich mögliche Leerungszahl von 26, ist ein Behälter mit einem größeren Volumen zu wählen.

Bei der Nutzung von 1.100 l MGB (Rollcontainer) wird bei einem 14-tägigen Abfuhrhythmus eine Leerungszahl von 26, bei vereinbarter wöchentlicher Abfuhr eine Leerungszahl von 52 festgesetzt.

Die Abrechnung der über die Anzahl der Mindestleerungen hinausgehenden Leerungen erfolgt mit dem Abrechnungsbescheid.

- d) Bei der Biogutsammlung über den Bioabfallbehälter wird je Einwohner von einem Vorhaltevolumen von jährlich 520 l ausgegangen. Die Biogutentsorgung erfolgt im 14-tägigen Abfuhrhythmus. Die Nutzungsgebühr wird unabhängig von der Anzahl der Leerungen personenbezogen erhoben.

- e) Bei der Biogutsammlung ist die Nutzung eines Zusatzvolumens von 120 l oder 240 l über die Nutzung eines größeren oder auch eines weiteren Behälters möglich. Für die Nutzung des über das Mindestvorhaltevolumen von 520 l/Einwohner/Jahr hinausgehenden Zusatzvolumens wird je nach beanspruchtem Volumen eine Zusatzgebühr erhoben.
- f) Das Mindestvorhaltevolumen für Restabfall von 400 l/Einwohner/Jahr kann bei Eigenverwertung/Eigenkompostierung unter den Voraussetzungen des § 9 Abs. 1 a) der Kreislaufwirtschafts- und Abfallsatzung vom 16.04.2010 in der aktuell gültigen Fassung auf schriftlichen Antrag des Gebührenschuldners auf 240 l/Einwohner/Jahr reduziert werden.

Für private Haushalte erfolgt bei Vorhaltung eines Abfallbehältervolumens für Bioabfälle von mindestens 520 l/Einwohner/Jahr die Reduzierung des Mindestvorhaltevolumens für Restabfall auf 240 l/Einwohner/Jahr.

Die Reduzierung des Mindestvorhaltevolumens auf 240 l/Einwohner/Jahr ist nur einmalig, entweder aufgrund der Eigenverwertung/Eigenkompostierung oder der Stellung eines Bioabfallbehälters möglich.

Liegen die Voraussetzungen für die Reduzierung des Mindestvorhaltevolumens von Restabfall vor, wird auf Grundlage eines Mindestvorhaltevolumens von 240 l Restabfall je Einwohner/Jahr, eine Mindestleerungszahl des Restabfallbehälters festgesetzt. Die Mindestleerungszahl ist die Anzahl der Leerungen des jeweils genutzten Restabfallbehälters, die zur Erreichung des Mindestvorhaltevolumens von 240 l/Einwohner/Jahr erforderlich ist (Mindestvorhaltvolumen des/r Einwohner/s dividiert durch Volumen des genutzten Behälters).

Die Abrechnung der über die Anzahl der Mindestleerungen hinausgehenden Leerungen erfolgt mit dem Abrechnungsbescheid.

- g) Für die Leerung eines fehl befüllten Bioabfallbehälters, eines fehl befüllten Behälters für Papier, Pappe und Karton oder eines fehl befüllten Behälters für Leichtverpackungen wird eine zusätzliche Leerungsgebühr erhoben. Diese bemisst sich nach dem Gebührensatz für die Leerung eines Restabfallbehälters (§ 5 Abs. 1b dieser Satzung) in gleicher Größe des fehl befüllten Behälters.
2. Die Gebühr für die Benutzung der kommunalen Abfallentsorgungseinrichtung im Bring- und Holsystem für andere Herkunftsbereiche als private Haushaltungen setzt sich zusammen aus einer Festgebühr je Einwohnergleichwert (EGW) und der Leerungsgebühr für den Restabfallbehälter.
- a) Die Festgebühr richtet sich nach der Zahl der veranlagten EGW.
 - b) Bei der Restabfallentsorgung richtet sich die Leerungsgebühr nach dem Volumen des Abfallbehälters sowie nach der Anzahl der Leerungen.
 - c) Je EGW wird auf Grundlage eines Mindestvorhaltevolumens von jährlich 400 l Restabfall, eine Mindestleerungszahl des Restabfallbehälters festgesetzt. Die Mindestleerungszahl ist die Anzahl der Leerungen des jeweils genutzten Restabfallbehälters, die zur Erreichung des Mindestvorhaltevolumens erforderlich ist (Mindestvorhaltvolumen der/s Einwohnergleichwerte/s dividiert durch Volumen der/s genutzten Behälter/s). Die Anzahl der auf diese Weise berechneten Mindestleerungen ist auf volle Zahlen aufzurunden. Eine rechnerische Überschreitung des Mindestvorhaltevolumens aufgrund des gewählten Abfallbehältervolumens ist hinzunehmen. Übersteigt die Anzahl der Mindestleerungen die jährlich mögliche Leerungsanzahl von 26, ist ein Behälter mit einem größeren Volumen zu wählen.

Bei der Nutzung von 1.100 l MGB (Rollcontainer) wird bei einem 14-tägigen Abfuhrhythmus eine Leerungszahl von 26, bei vereinbarter wöchentlicher Abfuhr eine Leerungszahl von 52 festgesetzt.

Die Abrechnung der über die Anzahl der Mindestleerungen hinausgehenden Leerungen erfolgt mit dem Abrechnungsbescheid.

3. Für die Veranlagung nach Einwohnergleichwerten (EGW) gelten folgende Maßstäbe:
- | | |
|--|-------|
| a) Ferienheime, Sanatorien, Krankenhäuser u.ä. Einrichtungen je 3 Betten | 1 EGW |
| b) Alten- und Pflegeheime je 2 Betten | 1 EGW |
| c) Schulen und Kindertagesstätten je 20 Personen
(Schüler, Kinder, Lehrer und Personal) | 1 EGW |
| d) öffentliche Einrichtungen, Banken, Verbände, Versicherungen, Verwaltungen,
Industrie und landwirtschaftliche Betriebe, Handwerk und Gewerbebetriebe
je 2 Beschäftigte | 1 EGW |
| e) selbständig Tätige der freien Berufe mit Geschäfts- oder Praxisräumen
je 2 Beschäftigte | 1 EGW |
| f) Schank- und Speisewirtschaften je 2 Beschäftigte | 1 EGW |
| g) Betriebe des Beherbergungsgewerbes je 6 Betten | 1 EGW |
| h) Metzgereien, Einzelhandel, Bäckereien je 2 Beschäftigte | 1 EGW |
| i) Campingplätze je Stellplatz (Wohnwagen oder Zelt) | 2 EGW |
| j) bebaute, bewohnbare Grundstücke, auch Wochenendgrundstücke,
für die kein Wohnsitz im Sinne des Melderechts besteht | 2 EGW |
| k) Kioske (Verkaufs- und Imbissstände) je 2 Beschäftigte | 1 EGW |
| l) für im Außendienst Beschäftigte der Gewerbetreibenden nach c) bis g) je 10
Beschäftigte | 1 EGW |
| m) Vereine mit eigenen Vereinsräumen, je 10 Mitglieder | 1 EGW |

Bei Ermittlung der Beschäftigtenzahl wird auf den Tatbestand der Vollbeschäftigteneinheit schlechthin abgestellt. Angefangene Berechnungseinheiten werden abgerundet. Bei Nichterreichen der unter a) bis m) vorgegebenen Schwellenwerte, ist jedoch mindestens 1 EGW zu veranlagern.

4. Für die Gebührenfestsetzung für andere Herkunftsbereiche als private Haushaltungen ist es grundsätzlich unbeachtlich, ob der Gewerbetreibende mit seinem Privathaushalt auf demselben Grundstück dem Anschluss- und Benutzungszwang unterliegt.

Kann der Gewerbetreibende glaubhaft machen, dass sein benötigtes Behältervolumen beträchtlich unterhalb des Mindestbehältervolumens nach diesem Maßstab liegt, so kann ihm ein kleineres Behältervolumen gestattet werden.

Die Festgebühr für die Benutzung der kommunalen Abfallentsorgungseinrichtung durch Gewerbetreibende wird auch bei einer gemeinsamen Abfallbehälternutzung i. S. d. § 17 Abs. 10 der Kreislaufwirtschafts- und Abfallsatzung vom 16.04.2010 in ihrer jeweils gültigen Fassung neben der Festgebühr für Abfälle aus privaten Haushaltungen erhoben.

§ 5 Gebührensatz

1. Die jährliche Gebühr für die Benutzung der kommunalen Abfallentsorgungseinrichtung für private Haushaltungen setzt sich wie folgt zusammen:

a) Festgebühr pro Einwohner: 17,04 € pro Jahr

b) Gebühr für Restabfallbehälter
pro Leerung:

60 I MGB	2,13 €
80 I MGB	2,84 €
120 I MGB	4,25 €
240 I MGB	8,51 €
1.100 I MGB	39,00 €

c) Gebühr für die Leerung der Bioabfallbehälter
pro Jahr:

aa) Nutzungsgebühr pro Person	9,00 €
bb) Zusatzgebühr 120 I	69,37 €
Zusatzgebühr 240 I	138,73 €

2. Die jährliche Gebühr für die Benutzung der kommunalen Abfallentsorgungseinrichtung für andere Herkunftsbereiche als private Haushaltungen setzt sich wie folgt zusammen:

a) Festgebühr pro EGW: 12,24 € pro Jahr

b) Leerungsgebühr für Restabfallbehälter pro Leerung gemäß § 5 Abs.1 Buchstabe b.

3. Die Gebühr bei Verwendung eines amtlich bedruckten Restabfallsackes mit einem Fassungsvermögen von 70 I beträgt 2,48 € pro Restabfallsack. Bei Nichtbenutzung erfolgen keine Rücknahme und keine Gebührenerstattung.

4. Die Gebühr bei Anlieferung, Rückholung oder Umtausch von Abfallbehältern z.B. bei Änderung der Personenzahl, Zahl der Einwohnergleichwerte u. ä. beträgt 11,00 €. Die Erstanlieferung eines Bioabfallbehälters ist gebührenfrei.

5. Die Gebühr für die Lieferung und den Erwerb eines Biofilterdeckels beträgt:

a) Biofilterdeckel 120 I Behälter:	31,27 €
b) Biofilterdeckel 240 I Behälter:	46,70 €

6. Die Gebühr für den Erwerb von Ersatzfiltermaterial für einen Biofilterdeckel beträgt: 8,00 €

7. Die Gebühr für die Sonderleistung des Transportes von 1100 I MGB (Restabfall und PPK) vom regulären Standplatz zum Abfallsammelfahrzeug und zurück beträgt 2,00 € je Transport und Leerung.

8. Für den Ersatz von beschädigten oder abhanden gekommenen Abfallbehältern werden berechnet:

je Abfallbehälter bis 120 I Füllraum	35,00 €
je Abfallbehälter mit 240 I Füllraum	45,00 €
je Abfallbehälter mit 1100 I Füllraum	223,00 €

Diese Gebühr beinhaltet auch die Gebühr nach Absatz 4.

9. Die Gebühr für ein Schließsystem beträgt:

- a) Schließsystem 60, 80, 120, 240 l Behälter: 19,00 €
- b) Schließsystem 1.100 l Behälter: 23,50 €

10. Für die Entsorgung von gefährlichen Abfällen aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen werden die in der nachfolgenden Tabelle ausgewiesenen Gebühren zuzüglich einer Verwaltungskostenpauschale von 5,00 € je Kleinmengensammlung gefährlicher Abfälle festgesetzt.

Abfall- schlüssel	Abfallbezeichnung	Gebühr €/kg
070108	andere Reaktions- und Destillationsrückstände	1,23 €
150110	Verpackungen, die Rückstände gefährlicher Stoffe enthalten oder durch gefährliche Stoffe verunreinigt sind	0,49 €
160114	Frostschutzmittel, die gefährliche Stoffe enthalten	1,13 €
160507	gebrauchte anorganische Chemikalien, die aus gefährlichen Stoffen bestehen oder solche enthalten	2,39 €
160508	gebrauchte organische Chemikalien, die aus gefährlichen Stoffen bestehen oder solche enthalten	2,39 €
160601	Bleibatterien	0,27 €
200113	Lösemittel	0,90 €
200114	Säuren	1,08 €
200115	Laugen	1,08 €
200117	Fotochemikalien	1,23 €
200119	Pestizide	2,39 €
200121	Leuchtstoffröhren und andere quecksilberhaltige Abfälle	11,21 €
200126	Öle und Fette mit Ausnahme derjenigen, die unter 20 01 25 fallen	0,33 €
200127	Farben, Druckfarben, Klebstoffe und Kunstharze, die gefährliche Stoffe enthalten	0,90 €
200132	Arzneimittel mit Ausnahme derjenigen, die unter 20 01 31 fallen	0,73 €

§ 6 Entstehen der Gebührenschuld

1. Erhebungszeitraum ist das Kalenderjahr und bei Anschluss an die kommunale Abfallentsorgungseinrichtung während des Kalenderjahres beginnt der Erhebungszeitraum am Ersten des auf den Anschluss folgenden Monats.
2. Bei der kommunalen Abfallentsorgung im Bring- und Holsystem entsteht die Jahresgebührenschild jeweils mit Ablauf des Erhebungszeitraums. Endet das Benutzungsverhältnis vor Ablauf des Erhebungszeitraums, entsteht die Gebührenschuld mit Ablauf des Monats, in dem die Mitteilung des Anschlusspflichtigen über Veränderungen im Sinne des § 6 Kreislaufwirtschafts- und Abfallsatzung beim Kreis eingeht, frühestens zum beantragten Termin.
3. Bei der Abfallentsorgung unter Verwendung von amtlich bedruckten Restabfallsäcken entsteht die Gebührenschuld mit der Abgabe des Sackes an den Erwerber.
4. Bei dem Erwerb von Schließsystemen und von Ersatzfiltermaterial für Biofilterdeckel entsteht die Gebührenschuld mit der Abgabe an den Erwerber.
5. Bei dem Erwerb von Biofilterdeckeln entsteht die Gebührenschuld mit Anlieferung.
6. Bei den Leistungen nach § 5 Abs. 4 S. 1, Abs. 8 und Abs. 10 entsteht die Gebührenschuld mit der Leistungserbringung. Bei Leistungen nach § 5 Abs. 7 entsteht die Gebührenschuld mit Ablauf des Erhebungszeitraumes gemäß Abs. 1 und 2.

§ 7 Vorauszahlungen

Für die Entsorgung von Abfällen im Bring- und Holsystem, die regelmäßig entsorgt werden, ist am 01.03. und 01.09. eine Vorauszahlung in Höhe von $\frac{1}{2}$ der voraussichtlichen Jahresgebühr für das laufende Jahr zu zahlen. Bemessungsgrundlage für die Vorausleistung ist der Behälterbestand und die Anzahl der veranlagten Einwohner bzw. EGW zum 31.12. des Vorjahres. Bei Neuanschluss erfolgt die Berechnung entsprechend der aufgestellten Behälter. In Fällen von wesentlichen Abweichungen im laufenden Jahr kann eine Neufestsetzung erfolgen.

§ 8 Fälligkeit

1. Die Vorauszahlungen auf die voraussichtliche Jahresgebühr sind am 01.03. und am 01.09. des jeweiligen Kalenderjahres fällig.
2. Bei Neu- und Änderungsveranlagung vor dem 01.03. des Kalenderjahres wird die Vorauszahlung für das erste Halbjahr des Kalenderjahres, zu je einem Sechstel je Monat am 01.03. des Kalenderjahres, die Vorauszahlung für das zweite Halbjahr des Kalenderjahres am 01.09. des Kalenderjahres fällig.
3. Bei Neu- und Änderungsveranlagung nach dem 01.03. des Kalenderjahres wird die Vorauszahlung für das erste Halbjahr des Kalenderjahres, zu je einem Sechstel je Monat,

14 Tage nach Bekanntgabe des Bescheides, die Vorauszahlung für das zweite Halbjahr des Kalenderjahres am 01.09. des Kalenderjahres fällig. Bei Neu- und Änderungsveranlagung nach dem 01.09. des Kalenderjahres wird die Vorauszahlung für den bis zum Kalenderjahresende betroffenen Zeitraum 14 Tage nach Bekanntgabe des Bescheides fällig.

4. Die für den Erhebungszeitraum entrichteten Vorauszahlungen werden auf die Gebührenschild angerechnet. Nur bei Abweichungen der tatsächlichen Inanspruchnahme der kommunalen Abfallentsorgungseinrichtung im Erhebungszeitraum von der Vorauszahlung erfolgt bis zum 12.02. des folgenden Kalenderjahres eine Jahresabrechnung. Die dabei berechnete Gebühr ist zum 01.03. desselben Kalenderjahres fällig.
5. Bei Jahresabrechnung nach dem 12.02. des laufenden Kalenderjahres für das vorangegangene Kalenderjahr, Abrechnung innerhalb des Kalenderjahres und für vorangegangene Jahre werden die Gebühren 14 Tage nach Bekanntgabe des Bescheides fällig.
6. Die Gebühren für amtlich bedruckte Restabfallsäcke, Schließsysteme und Ersatzfiltermaterial für Biofilterdeckel werden mit dem Erwerb fällig.
7. Die Gebühren für Leistungen nach § 5 Abs. 4 S. 1, Abs. 5 a) und b), Abs. 8 und Abs. 10 werden 14 Tage nach Bekanntgabe des Bescheides fällig.

§ 9

Gebührenermäßigung bei Betriebsstörungen

1. Betriebsstörungen lassen die Gebührenpflicht unberührt.
2. Bei Betriebsstörungen großen Umfangs, die Auswirkungen auf die Anschluss- und Benutzungspflicht haben, kann der Kreis die Gebühren entsprechend ermäßigen.

§ 10

Gebührenbefreiung

1. Der Erlass der Festgebühr kann auf jährlich zu wiederholenden Antrag für das vierte und die folgenden Kinder, welche das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben, erfolgen. Mindestens vier Kinder des betreffenden Haushaltes dürfen das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben.
2. In besonders gelagerten Fällen kann die Gebühr auf Antrag reduziert werden.

Ein besonders gelagerter Fall liegt regelmäßig vor, bei einer über drei Monate hinausgehenden Abwesenheit vom Haushalt. In einem solchen Fall bleibt die betreffende Person sowohl bei der Bemessung der Festgebühr als auch der Leerungsgebühr unberücksichtigt.

3. In den unter Absatz 1 und 2 genannten Fällen sind vom Antragsteller geeignete Nachweise für das Vorliegen der tatsächlichen Voraussetzungen der Gebührenreduzierung bzw. des Gebührenerlasses zu erbringen. Die Anträge sind schriftlich zu stellen.

**§ 11
Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt rückwirkend zum 01.01.2011 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Satzung des Unstrut-Hainich-Kreises über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der kommunalen Abfallentsorgungseinrichtung des Kreises (Abfallgebührensatzung) vom 31.05.2001 in der Fassung der 3. Änderungssatzung vom 09.07.2007 außer Kraft.

Die 1. Änderungssatzung tritt rückwirkend zum 01.01.2017 in Kraft.

Die 2. Änderungssatzung tritt zum 01.01.2023 in Kraft.

Die 3. Änderungssatzung tritt zum 01.02.2024 in Kraft.